

Zeit für mehr Solidarität

1. Mai 2016

Josef Bechtel

IG Metall Bezirksleitung Baden-Württemberg

„Zeit für mehr Solidarität“.

So lautet das Motto der diesjährigen DGB Veranstaltungen zum 1. Mai.

Eine gute Wahl. Auch wenn es eigentlich „höchste Zeit“ heißen müsste.

Denn Solidarität, **Kolleginnen und Kollegen**, also der Zusammenhalt in der Gesellschaft (und zwischen den Staaten), ist in den letzten Jahren bereits merklich geschrumpft.

Oder vielleicht treffender: Sie wurde abgebaut. Durchlöchert. Ins Gegenteil verkehrt.

Durch skrupellose Finanzmarktakteure, Inhaber von Briefkastenfirmen, marktradikale Ökonomen, maßlose Vorstände, Prediger der Alternativlosigkeit.

Durch Politiker, die dazu tatkräftig beigetragen oder – im Ergebnis auch nicht viel besser – zu spät und zu mutlos gegengesteuert haben.

Um gleich die wesentlichen Akteure zu nennen.

Uns allen hier ist klar: Es ist höchste Zeit für mehr Solidarität.

Denn keine Solidarität ist nicht einfach die Abwesenheit eines wünschenswerten Zustandes.

Keine Solidarität bedeutet Spaltung. Ausgrenzung.

In längerer Perspektive die Zerstörung eben jener Ressourcen, ohne die gesellschaftliche Herausforderungen nicht bewältigt und Konflikte nicht gelöst werden können.

Niemand, dessen Verstand weiter reicht als von der Wand bis zur Tapete, wird dies ernsthaft bestreiten!

Und das, **liebe Kolleginnen und Kollegen**, müssen wir umkehren! Wir brauchen eine Schubumkehr für mehr Solidarität! Weg von leeren markt-radikalen Versprechungen.

Die uns hinführt zu einer lebenswerten Gesellschaft...

- in der niemand Not leidet,
- in der keiner schutzlos den Zwängen des Marktes und Zufällen des Lebens überlassen wird,
- in der jeder die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben hat.

Eine Gesellschaft, in der wir Solidarität spenden, wenn wir können. Und Solidarität erfahren, wenn wir sie nötig haben.

Solidarität, **liebe Kolleginnen und Kollegen**, ist auch ein großes Wort. Wir brauchen aber einen konkreten Weg zu dieser solidarischen Gesellschaft!

Was muss also anders werden? Ich möchte hier nur vier Bereiche nennen:

(1) Die Verteilungs- und Steuerpolitik:

Um es gleich auf den Punkt zu bringen: Die Verteilung von Vermögen (und Einkommen) in Deutschland ist auf dem besten Weg von skandalös zu irre.

Man könnte auch sagen obszön!

Während die ärmere Hälfte der Bevölkerung über so gut wie kein Vermögen verfügt (1%), nennen die reichsten 10% die Hälfte ihr Eigen.

So richtig knallen die Champagnerkorken aber erst bei den Superreichen. So darf man zumindest vermuten.

Denn viel wissen wir nicht über sie.

Bei Hartz IV Empfängern ist im Zweifel sogar von Amts wegen bekannt, wie viele Zahnbürsten im Badezimmer stehen.

Bei den Millionären hingegen ist noch nicht einmal erfasst, wie viele Millionen sie besitzen!

Dieses Datenloch ist politisch gewollt.

Systematisch wurden alle Steuern abgeschafft, die einen Einblick in die Besitzverhältnisse geben:

- die Vermögensteuer verschwand 1997,
- seit 2009 werden Zinsen und Dividenden nur noch pauschal mit einer Abgeltungsteuer belegt,
- die Erbschaftsteuer ist so konstruiert, dass niemand so recht weiß, wie viele Milliarden Euro jährlich eigentlich weitergereicht werden.

Das ist aber noch nicht alles.

Denn ein Teil des Vermögens zieht es vor in Panama zu residieren und dort Briefkästen zu verstopfen.

Und erzähle mir niemand, es gäbe ja auch legale Gründe sich dort finanziell – sagen wir mal – zu „engagieren“.

Das glaube ich nicht mal am 1. April! Und schon gar nicht am 1. Mai.

Der französische Wirtschaftsminister hat es genauer untersuchen lassen: Mindestens 6 Billionen EUR liegen weltweit in Steueroasen und $\frac{3}{4}$ davon sind unbesteuert (SZ vom 07.04.2016).

Das ist ungeheuerlich und unanständig und die Finanzminister, tun trotz aller Sonntagsreden so gut wie nichts dagegen, um diesen Irrsinn zu stoppen.

Und ich glaube Wolfgang Schäuble erst dann, wenn er seinen Worten hier jetzt auch Taten folgen lässt.

Bis jetzt steht er in Brüssel immer auf der Bremse wenn es konkret wird. Das gilt insbesondere wenn es um die Besteuerung der Gewinne großer Konzerne geht dort wo sie anfallen.

Wir reden auch hier über hunderte von Milliarden Euro die verloren gehen zur Bekämpfung der sozialen Kälte in Europa.

Liebe Kolleginnen und Kollegen

es ist ungerecht und ökonomisch widersinnig, die Reichen derart zu schonen.

Denn dies entzieht dem Gemeinwesen dringend erforderliche Ressourcen.

Ressourcen ...

- zum Ausbau und Erhalt der Infrastruktur,
- zur Verbesserung der Bildungschancen,
- für einer leistungsgerechte Bezahlung im öffentlichen Dienst
- zur Förderung des öffentlichen Wohnungsbaus,
- zur Bewältigung der Energiewende,
- zur Integration von Flüchtlingen

Kurzum: Ungleichheit hat neben sozialen auch handfeste ökonomische Folgewirkungen, die Sprengstoff für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind.

Die Antwort darauf liegt auf der Hand:

- die Erhöhung des Spitzensteuersatzes für hohe Einkommen,
- das Ende der Abgeltungssteuer,
- die stärkere Heranziehung großer Vermögen und Erbschaften,
- die zügige Umsetzung einer Finanztransaktionssteuer,
- die effektive Bekämpfung aller Steueroasen sowie

- sanktionsbewehrte Regeln zur Mindestbesteuerung von Unternehmen in der Europäischen Union.

Diese Maßnahmenbündel wäre auch ein Beitrag, Gelder aus den Sphären der Finanzmärkte wieder in die reale Ökonomie zurück zu holen.

Denn während sie dort in Form von Blasen Probleme bereiten, werden sie – siehe oben – hier dringend gebraucht.

Eine solche Politik macht einige wenige etwas weniger reich, aber fast alle weniger arm. Oder kürzer: Eigentum verpflichtet!

(2) Rente / Parität GKV

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

eine Verpflichtung ist auch eine grundlegende Renovierung des Rentensystems.

Denn es ist doch so: Viele Beschäftigte werden angesichts von Arbeitsverdichtung, ausufernden Arbeitszeiten und stetig steigendem Leistungsdruck regelrecht zerschlissen.

Wenn sie nicht mehr können, werden sie zum Dank auf die Straße gesetzt, in die Erwerbsminderung abgeschoben und mit einer Minirente abgespeist.

Die durch Abschläge nochmals an Wert verliert.

Abschläge, die immer höher werden, weil die Lücke bis zur abschlagfreien Regelaltersgrenze natürlich steigt, wenn die Rente mit 67 voll wirksam ist.

Schreitet diese Entwicklung voran, kann sich die Deutsche Rentenversicherung den Versand von Rentenbescheiden gleich sparen.

Und stattdessen vorausgefüllte „Anträge auf Leistungen der Grundsicherung im Alter“ verteilen.

Das wäre dann auch eine Art Beitrag zum Bürokratieabbau.

Denn um mehr als die Grundsicherung zu bekommen, muss man bereits heute 45 lange Jahre ca. 12 EUR pro Stunde verdienen (bei einer 38,5 Stundenwoche).

Private Vorsorge – mühsam vom Munde abgespart – wird gegen die Grundsicherung gegengerechnet.

Die Frage, wozu man oder frau dann überhaupt noch einzahlen soll, kann ich Euch leider nicht beantworten.

Zumindest dann nicht, wenn der Stundenlohn unter 12 EUR liegt (was Millionen betrifft), nicht in Vollzeit gearbeitet wird, die Erwerbsbiographie Lücken aufweist.

Das geht anders. Wir fordern:

- die Rücknahme der Rente mit 67,
- den Ausbau von flexiblen Ausstiegsoptionen,
- die Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge mit verpflichtendem Arbeitgeberanteil,
- die Streichung der Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente.

Und selbstverständlich die Sicherung des Rentenniveaus mindestens auf dem heutigen Stand.

Dazu müssen die Beiträge steigen. Das ist richtig (in Österreich liegt er bei 23,8 Prozent, was zu einem weitaus höheren Rentenniveau führt).

Aber was ist denn bitte die Alternative?

Der Bau von Armenhäusern?

Eine „billige“ Rumpfvorsicherung?

Die weder Lebenswirklichkeit noch Lebensleistung berücksichtigt. Die zur teuren, leistungsschwachen und intransparenten Privatvorsorge zwingt, quasi als Geschenk an die Finanzindustrie.

Die Altersarmut provoziert und dem Steuerzahler die Zeche in Form steigender Aufwendungen für die Grundsicherung rüberschiebt.

Wir sagen hier und heute: Nein Danke. Nicht mit uns!

Nur am Rande sei erwähnt: Ein Durchschnittsverdiener muss stolze 210 Jahre in die Rentenversicherung einzahlen, um auf die 6130 EUR zu kommen, die einem Bundestagsabgeordneten als Pensionsanspruch nach 27 Jahren Parlamentszugehörigkeit zustehen.

Nach zwei Wahlperioden liegt der Pensionsanspruch schon beim dreifachen der Rente des Durchschnittsrentners am Ende seines Arbeitslebens.

Es wäre bestimmt hilfreich, wenn unsere Abgeordneten bei der Altersvorsorge nicht in einem Paralleluniversum leben würden, sondern von ihren Beschlüssen in Sachen Rente auch selbst betroffen wären.

Dann würden vielleicht auch die Leistungen, die aus der Rentenversicherung zur Mütterrente, Hinterbliebenenrente, der Wiedervereinigung, zum Fremdrentengesetz etc. erbracht werden, aus dem Steueraufkommen finanziert. Das dies bislang nicht passiert, ist ein ziemlicher Skandal.

40 % macht dies mittlerweile aus, wovon nur 20% durch Bundeszuschüsse abgedeckt werden.

Anstatt sich hier drum zu kümmern kommt nun unser unserer Finanzminister mit der Rente mit 70 um die Ecke.

... eifrig sekundiert von der Jungen Union (die sollen erst mal selber was schaffen) und einigen von unseren Steuergeldern gut abgesicherten Professoren ...

Ich sage nur: Lass es bleiben „Wolfgang“!

Mit unserer Rente spielt man nicht!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ein schnelles Ausbessern ist auch mit Blick auf die Finanzierung der (gesetzlichen) Krankenversicherung gefragt.

Denn Arbeitgeberträume wurden wahr! Alle zukünftigen Mehrkosten im Gesundheitssystem sollen auf die Versicherten abgewälzt werden.

Das ist keine Lösung, sondern das Problem. Denn welches Interesse sollten die Arbeitgeber in Zukunft an einem effizienten Mitteleinsatz noch haben? An gesunderhaltenden Arbeitsbedingungen?

Und wozu brauchen wir eine Selbstverwaltung, wenn alle Entscheidungen nur noch auf Kosten der Versicherten gehen?

Wir werden daher weiter Druck machen, bis wieder halbe-halbe gilt.

Ein letzter Satz zu diesem Thema: Die vermeintliche Kostenexplosion im Gesundheitswesen ist in Wirklichkeit eine Einnahmeimplosion.

Die Antwort darauf: Eine Bürgerversicherung, die Schluss macht mit der privaten Ausstiegsoption für Besserverdienende.

(3) Leiharbeit/Werkverträge

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wer auf einer 1. Mai Kundgebung spricht, darf über die Verfasstheit des Arbeitsmarktes nicht schweigen.

Die gute Nachricht zuerst: Uns geht weder heute noch morgen die Arbeit aus (Beschäftigung auf Rekordniveau). Daran wird, bei entsprechender Ausgestaltung, auch die Digitalisierung der Wirtschaft nichts ändern.

Nun die schlechte: Tarifvertraglich abgesicherte, mitbestimmte, Gute Arbeit gerät zunehmend unter Druck.

In den Betrieben gibt es inzwischen eine verwirrende Vielfalt von Arbeitsvertrags- und Beschäftigungsverhältnissen:

Leiharbeiter, Werkvertrügler, Befristete, Mini- und Midijobber, unfreiwillig Teilzeitbeschäftigte, um nur die gebräuchlichsten Varianten zu nennen.

Und je weiter man sich vom sogenannten Normalarbeitsverhältnis entfernt, desto mieser werden die Bedingungen.

Das ganze Gerede von Brücken in den Arbeitsmarkt, Chancen für Arbeitslose, Einstiege für Geflüchtete ist Quatsch.

Soll den wahren Zweck – Lohndumping, Einschüchterung sowie die Behinderung von Betriebsratsarbeit – verschleiern.

Natürlich rekrutieren sich – um ein Beispiel zu nennen – viele Leiharbeiternehmer aus vormals Arbeitslosen. Woher denn sonst?

Oder kennt ihr vielleicht Beschäftigte, die einen guten Arbeitsplatz aufgegeben haben, um es mal in der tollen Welt der Leiharbeit zu versuchen?

Nun werden wir nicht von jetzt auf gleich den Hebel umlegen können. Erfolg kommt in Etappen. Gerade deshalb ist es aber so wichtiger, dass wir Kurs halten.

Wir stehen vielmehr in der Verpflichtung, konkrete Verbesserungen für die Menschen erreichen.

Mit Blick auf die aktuelle Auseinandersetzung im Bereich Leiharbeit/Werkverträge könnte ich regelrecht aus der Haut fahren, wenn ich an die Debatten der letzten Wochen und Monate denke.

Der vorliegende Gesetzentwurf aus dem Hause Nahles ist sicherlich nicht der ganz große Wurf.

Vieles ließ sich – zum jetzigen Zeitpunkt – nicht durchsetzen. Wird von uns auf Wiedervorlage gelegt.

Dass aber nun die CSU meint, sie müsse den mühsam gefundenen Kompromiss wieder aufschnüren, Regelungen weiter verwässern, Arbeitnehmerrechte mit Füßen treten, macht mich wütend.

Zur Erinnerung:

Im November 2015 legt die CSU ein Veto gegen einen Kriterienkatalog zur Erfassung und Abgrenzung von Werkverträgen vor um – ich zitiere – *„die bestehenden Spielräume für die Vergabe von Werkverträgen zu erhalten“*.

Und im Februar dieses Jahres legten die Christsozialen nach und forderten Änderungen in weiteren 9 Punkten.

Auch hier sagt die Begründung alles (ich zitiere): *„ ... gerade vor dem Hintergrund der erforderlichen Arbeitsmarktintegration tausender Flüchtlinge und den notwendigen zusätzlichen Flexibilitätsspielräumen für die Betriebe im internationalen Wettbewerb geht die Reform immer noch in die falsche Richtung“*.

Ich fasse zusammen: Die CSU will am bestehenden Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen rein gar nichts ändern.

Im Gegenteil: Missbrauch soll als Erfolgsmodell noch ausgeweitet werden.

Nach der Devise: Wenn alle prekär beschäftigt sind, ist die Ungleichbehandlung ja auch irgendwie beseitigt.

Ich habe einen Anfangsverdacht: Die lange Tradition von - nennen wir es mal freundschaftlicher Bande - der bayerischen Metallarbeitgeber mit den Christsozialen scheint sich zu amortisieren.

358 Tausend EURO, kurz vor Weihnachten (2015) diskret auf den Gabentisch gelegt, erwarten ja schließlich eine Gegenleistung

Wir lassen hier nicht locker. Wir werden weiter Druck machen. Wir werden nicht ruhen, bis es eine vernünftige Lösung gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Unsere Agenda ist schlicht.

- Um den Weg in die Niedriglohnfalle speziell für Frauen zu vermeiden, muss die Förderung von geringfügiger Beschäftigung (Minijobs) beendet werden;
- Der gesetzliche Mindestlohn muss ohne Ausnahmen gelten und wirksam kontrolliert werden;
- Sachgrundlose Befristungen müssen abgeschafft und
- Leiharbeit und die missbräuchliche Nutzung von Werkverträgen müssen strenger reguliert und eingedämmt werden.

Dann klappt`s auch besser mit der Finanzierung der Sozialsysteme.

(4) Tarifrunde / Tarifbindung

Wir warten nicht ab, bis die Politik sich bewegt.

Denn manchmal sind sogar die Kontinentalplatten schneller!

Unser Beitrag zu mehr Solidarität darf sich auch nicht auf die Erstellung einer Mängelliste und das anschließende Klagen über deren Umfang beschränken.

Unser Solidaritätsprogramm heißt Tarifpolitik.

Wir werden gemeinsam dafür sorgen, dass die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen einen fairen Anteil von dem bekommen, was sie erwirtschaftet haben.

Dabei lassen wir uns nicht von dem dummen Gerede eines Scheinaufschwungs irritieren.

Alleine die 5 größten Konzerne der Metall- und Elektroindustrie schütten dieses Jahr für ihre Aktionäre mehr Dividende aus als eine Entgelterhöhung um 5 Prozent für alle 3,8 Millionen Beschäftigten unserer Branche kosten würde. Ausweislich der eigenen Bilanzen.

Auch bei Euch hier im Nordschwarzwald ist die Lage doch insgesamt gut. Die Problemfälle die es gibt, haben allesamt herzlich wenig mit unseren Tarifabschlüssen zu tun.

Nein, ich sehe keinen Scheinaufschwung, sondern ein Scheinangebot von homöopathischen 0,9%, welches uns Südwestmetall hat zukommen lassen.

Quasi „Nichts“ für ein Jahr wird auch nicht dadurch besser, dass man „Nichts“ verdoppelt und auf zwei Jahre verteilt, so die jüngste Volte der Arbeitgeber.

Wir haben für die Metall- und Elektroindustrie 5% gefordert. Das lässt sich gut begründen. Nun wollen wir sie auch haben.

Das ist doch nicht so kompliziert.

Wer aber dennoch Zweifel an unserer Ernsthaftigkeit hat, dem haben wir mit unseren Warnstreiks seit Auslaufen der Friedenspflicht die richtige Antwort gegeben. Die IG Metall Freudenberg war mit über 4300 Kolleginnen und Kollegen aus 16 Betrieben am Freitag mit dabei.

Das ist toll und erst der Anfang.

In ganz Baden- Württemberg waren wir 40.000 und bundesweit 110.000.

Bleibt es bei Scheinangeboten, werden wir nachlegen. Nicht zum Schein, sondern ganz real.

Ein noch so guter Abschluss hat aber einen Wehrmutstropfen, wenn nicht alle davon profitieren.

Leider ist Fakt, dass Beschäftigte in nicht tarifgebundenen Betrieben länger arbeiten und im Schnitt 25% weniger verdienen.

Es geht aber nicht nur um Arbeitszeit und Geld.

- Tarifverträge sorgen für Leistungsgerechtigkeit. Nur mit Tarifverträgen ist gleiches Geld für gleiche Arbeit sicher.

- Nur Tarifverträge sorgen für Verteilungsgerechtigkeit: Sie sichern Beschäftigten einen fairen Anteil am Wohlstand, den sie mit ihren Händen und Köpfen erwirtschaften. Entziehen sich Arbeitgeber dem Tarifsysteem, – manche flüchten ja geradezu – werden die Beschäftigten einfach abgehängt.

Mir ist noch etwas wichtig:

Tariffucht ist nicht nur gegenüber uns Arbeitnehmern ungerecht. Arbeitgeber, die sich Tarifverträgen verweigern, verschaffen sich auch Vorteile zu Lasten tarifgebundener Arbeitgeber.

Statt über gute Produkte und schlaue Innovationen verschaffen sie sich über Lohndumping eine bessere Marktposition und höhere Profite.

Das lassen wir uns nicht gefallen.

Unser magisches Viereck heißt: gute Mitgliederentwicklung, hohe Tarifbindung, gute Abschlüsse, Gute Arbeit.

Weshalb wir in dieser Tarifrunde auch die Taftbindung verbreitern wollen.

In insgesamt 62 Betrieben in Baden-Württemberg wollen wir hierzu Aktionen starten.

Dazu gehört auch die Fa. Schweizer Electronic in Schramberg.

Ich kann mich noch gut erinnern, als 1997 die Fa. Schweizer aus dem Arbeitgeberverband austritt, wir dies nicht verhindern und die Kraft aufbringen konnten über einen Haustarifvertrag die Tarifbindung wieder herzustellen.

Aber liebe Geschäftsführung von Schweitzer Electronic man sieht sich im Leben immer zwei mal.

Und diesmal werden wir die Tarifbindung durchsetzen.

Es muss Schluss damit sein, dass die Beschäftigten von Schweitzer Electronic weiterhin als Folge des damaligen Verbandsaustrittes 20% unterhalb des Flächenniveaus bleibt.

Packen wir es gemeinsam an!

Am Freitagabend konnten rechtzeitig zum 1.Mai die Kolleginnen und Kollegen von ver.di nach einer erfolgreichen Warnstreikwoche ein Tarifergebnis für den öffentlichen Dienst erzielt, dass den Beschäftigten deutliche Reallohnverbesserungen bringt und wozu wir herzlich gratulieren.

Bei einer Laufzeit von 24 Monaten gibt es für dieses Jahr 2,4% und für 2017 nochmals 2,35%.

Erfolgreich abgewehrt werden konnten auch die von den kommunalen Arbeitgeberverbänden geforderten generellen Einschnitte in die betrieblichen Zusatzversorgungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen

als Daumenregel könnte gelten: Je schlechter der Zustand der Welt, desto länger die Reden zum 1. Mai.

Denn jetzt müssten eigentlich die Themen TTIP, Europa, Flüchtlinge, rechter Terror und noch viele andere kommen.

Denn natürlich kann es kein Freihandelsabkommen ohne Schutz von Arbeitnehmerrechten, der öffentlichen Daseinsvorsorge, der Demokratie geben.

Natürlich steht Europa am Scheideweg, ökonomisch, sozial, politisch.

Natürlich ist es ein epochales Versagen, dass ein immer noch reicher Kontinent es nicht schafft, Menschen die vor Gewalt und Elend fliehen müssen, eine menschenwürdige Aufnahme zu bieten.

Menschen im Mittelmeer auf elendige Weise ertrinken oder abgewiesen werden, als könnten sie es ja zu gegebener Zeit noch mal versuchen.

Und natürlich muss mit aller Härte des Gesetzes gegen diejenigen vorgegangen werden, die Anschläge auf Unterkünfte für Asylbewerber verüben (im Durchschnitt 3 pro Tag in 2015 und inzwischen immer öfter nicht durch „Einzeltäter“ sondern terroristische Vereinigungen).

Seit der Wiedervereinigung über 160 Tote durch Gewalttaten von recht.

Zu jedem einzelnen Punkt gäbe es viel zu sagen, zu beklagen, zu fordern.

Tiefer eingehen mich zum Schluss auf eine Entwicklung, die mir besonders wichtig erscheint. Die ich als Schlüssel sehe, um in nahezu allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens aus der Defensive zu kommen.

Worum geht es mir?

Ich kann mir unsere Parlamente sehr gut ohne Vertreter der AfD vorstellen.

Diese Mischung aus rückwärtsgewandter Gesellschafts- und neoliberaler Wirtschaftspolitik, gepaart mit fremdenfeindlichen Einlassungen und einer regelrechten Islamphobie empfinde ich als abstoßend.

Und die wenigen konkreten Inhalte lassen – trotz einiger „last-minute“ Korrekturen – mit Blick auf Arbeitnehmerinteressen Alles zu wünschen übrig.

Konkret soll

- das Rentenalter erhöht,
- der Mindestlohn verwässert,
- der betriebliche Arbeitsschutz geschwächt,
- die Bundesagentur für Arbeit abgeschafft,
- Reiche steuerlich entlastet und
- den Städten und Gemeinden durch Abschaffung der Gewerbesteuer der Geldhahn abgedreht werden.

Die blinken links, um dann geschwind scharf rechts abzubiegen!

Gewählt wurde AfD trotzdem. Bei jüngeren Gewerkschaftsmitgliedern sogar häufiger als im Durchschnitt der Bevölkerung.

Nach allem was wir wissen in weiten Teilen aus einer Mischung von Verunsicherung, Abstiegsängsten, Furcht vor einer vermeintlich nicht zu lösenden Flüchtlingskrise, Unzufriedenheit mit der Politik der letzten Jahre, einer als solchen wahrgenommen kulturellen Überfremdung usw.

Wahrnehmungen und Stimmungen, die seitens der AfD durchaus geschickt inszeniert wurden.

Was verbirgt sich aber auch hinter dem Schaufenster, in dem Petri und Meuthen krampfhaft versuchen den rechtsradikalen Kern der AfD zu verschleiern?

Es sind Aussagen wie diese von Markus Frohnmaier, Bundesvorsitzender der Jungen Alternative, er war auch Landtags Kandidat im Wahlkreis Villingen-Schwenningen der AfD.

Ich zitiere: „ Ich sage diesen linken Gesinnungsterroristen, diesem Parteifilz ganz klar: wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik für das Volk und nur für das Volk gemacht-denn wir sind das Volk liebe Freunde.“

Ein weiteres Zitat vom gleichen Herrn: „Nichts Geringes wird unsere Aufgabe sein, als diese volksfeindlichen Parteien sämtlich aus Deutschland heraus zu treiben. Wenn wir an die Regierung kommen, Gnade Ihnen Gott.“

Mit ähnlichen Aussagen sind am Ende der Weimarer Republik die SA Hor den durch Deutschland gezogen, haben gemordet und gebrandschatzt.

Wir alle wissen was folgte: Europa lag in Schutt und Asche mit Millionen Toten.

Da wir so etwas nie mehr erleben wollen wissen wir, dass die Flucht in den Rechtspopulismus, in die Welt der einfachen Antworten, in eine idealisierte Vergangenheit keine Lösungen bietet für die Probleme wegen dessen die Menschen AFD wählen.

Auch wenn es kein alleiniges deutsches Phänomen ist, wenn ich mir die Entwicklung in unseren Nachbarländern anschau. (jüngst: 1. Runde der österreichischen Präsidentschaftswahlen).

Was es natürlich nicht besser, sondern umso schlimmer macht.

Bekämpfen können wir diese Entwicklung nur, indem wir ihr den Nährboden entziehen.

Wolfgang Merkel, Professor am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung in Berlin hat die Lage in einem wie ich finde bemerkenswerten Essay mit dem Titel „So spaltet die Globalisierung die Gesellschaft“ treffend analysiert.

Er schreibt (ich zitiere):

Wir haben es mit der (...) Preisgabe von staatlichen Regulierungs- und Korrekturkapazitäten gegenüber einer Ökonomie zu tun, die strukturell sozioökonomische Ungleichheit produziert und das fundamentale Demokratieprinzip politischer Gleichheit schleift.

Und gelangt zu dem Fazit, dass es darum geht, die Verteilungsfrage wieder stärker als allgemeines Leitmotiv in die Finanz-, Wirtschafts- und Bildungspolitik einzuschreiben.

Denn, so Merkel, *„Je sozial gerechter, umso integrierter ist eine Gesellschaft und umso höher ist die Qualität der Demokratie“.*

Mit anderen Worten: Eine Gesellschaft,

- in der große Gruppen von einem immer noch steigenden Wohlstand abgehängt sind,
- die soziale Mitte ihren Status als gefährdet ansieht, das Gefühl hat, sich immer schneller im Hamsterrad drehen zu müssen,
- die Reichen einen steigenden Anteil aller Einkommen und Vermögen auf sich vereinen und die Bearbeitung der Krisen im Wesentlichen auf die Suche nach lukrativen Anlagestrategien reduzieren,

eine solche Gesellschaft verliert jedes verbindende Element.

Lässt wenig Raum für Solidarität.

- Nicht mit Flüchtlinge (die dann zurecht als Konkurrenz auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt wahrgenommen werden).
- Nicht mit sozial Schwache, zu denen man auf keinen Fall gehören möchte.
- Nicht mit Menschen, die aus was für Gründen auch immer schlechte Chancen auf einem hoch wettbewerblichen Arbeitsmarkt haben.
- Nicht mit Blick auf alles Fremde, Ungewohnte, Neue.

Damit dürfen wir uns nicht abfinden.

Es geht um faire Aufstiegschancen, eine solide soziale Sicherung, geringe soziale Ungleichheit sowie gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen, auch derer, die aus anderen Ländern und Kulturkreisen zu uns gekommen sind.

Es gibt also Alternativen. Auf einige notwendige zentrale Sanierungen – Steuerpolitik, Rente, Arbeitsmarkt – bin ich näher eingegangen.

Wir stehen an einem Scheidepunkt. Nicht jeder mag davon überzeugt sein, dass eine Schubumkehr möglich ist. Aber fast alle teilen die Einsicht, dass es so wie bisher eben auch nicht weitergehen kann.

Dieser Einsicht müssen wir eine Richtung geben.

Im Rahmen einer breiten Allianz, die auch die Enttäuschten, die Wütenden, die Resignierten mit einschließt. Eine breite Allianz aus Beschäftigten in Industrie und Dienstleistung über alle Qualifikationsstufen hinweg. Aus Alt und Jung, aus Menschen mit ganz unterschiedlichen Biographien und Herkunft.

Aus unserer Geschichte wissen wir, dass hierzu dicke Bretter zu bohren und ein langer Atem notwendig ist.

Vor 125 Jahren schlossen sich vom 1. bis zum 6. Juni 1891 selbstbewusste Arbeiterinnen und Arbeiter zusammen um gemeinsam für eine bessere Arbeits- und Lebenswelt zu kämpfen.

Sie gründeten den Deutschen Metallarbeiter Verband, die erste Industriegewerkschaft und Vorläuferorganisation der IG Metall.

Sie wussten nur gemeinsam und solidarisch lässt sich eine bessere Zukunft gestalten.

Wir haben seither viel erreicht, auch weil wir Utopien und den Blick fürs Durchsetzbare haben.

Wir wissen, dass eine gerechte, humane Gesellschaft möglich ist.

Packen wir's an.

Gemeinsam. Demokratisch. Mit Zuversicht.

Mehr Zeit für Solidarität.

Einen schönen 1. Mai.

Ich Danke für die Aufmerksamkeit!